

Aus der Sitzung der Deputation für Umwelt & Energie vom 12. August 2010:



+++ Fernwärmepreise in Bremen-Nord Fall für Bundeskartellamt Deputation gibt weitere 300.000 Euro für Lärmschutzfenster- programm frei +++

In ihrer heutigen Sitzung hat sich die Umweltdeputation erneut mit den Fernwärmepreisen in Bremen-Nord (Schönebeck) beschäftigt. Im Januar hatte der umwelt- und energiepolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt hierzu einen Bericht der Verwaltung eingefordert, nachdem er vor Ort auf sehr hohe Preise für die dort gelieferte Fernwärme aufmerksam gemacht wurde. Die vier Unternehmen, die in Bremen Fernwärme anbieten, wurden daraufhin von der Landesenergiekartellbehörde aufgefordert, Informationen zu ihren Preisen und einzelnen Preisbestandteilen zu liefern. „Der nun angestellte Vergleich innerhalb der insgesamt 25 Fernwärmenetze hat gezeigt, dass die Preise des betroffenen Anbieters in Bremen-Nord deutlich über dem Durchschnitt liegen. Ob wir es hier mit einem Fall von missbräuchlich überhöhten Preisen Kartellgesetz zu tun haben, soll nun das zuständige Bundeskartellamt klären. Es wurde über die Ergebnisse der Prüfung hier in Bremen informiert. Wenn sich der Verdacht bestätigt, dann muss der Missbrauch schnellstmöglich gestoppt werden“, so Dennhardt. Diskutiert hat die Deputation schließlich auch die Zukunft des im Mai 2009 gestarteten Lärmschutzfensterprogramms. „Das Programm, das wir im Rahmen der Lärmaktionsplanung aufgelegt haben, ist von den Bremerinnen und Bremern sehr gut angenommen worden. Bereits zum Herbst werden die bisher zur Verfügung gestellten Mittel verausgabt sein“, so Dennhardt. „Weil wir das Programm in jeden Fall fortsetzen wollen, haben wir heute insgesamt weitere 300.000 Euro für 2010 und 2011 frei gegeben. Damit stehen für das Programm in diesen Jahren jeweils 250.000 p.a. zur Verfügung.“ Durchschnittlich werden die einzelnen Anträge mit ca. 4.000 Euro gefördert. Die Deputation hatte zu Beginn des Programms zunächst nur einen Teil der im Haushalt veranschlagten Gelder freigegeben.

+++ KURZ-INFOS +++

Auf Bitten von Jens Dennhardt wurde der Deputation das „Schalltechnische Gutachten“ zum Lärmschutz an der A1 in den Ortsteilen Hemelingen und Arbergen zur Kenntnis gegeben und kurz vorgestellt.

Der Deputation lag auf Initiative von Jens Dennhardt ausserdem ein Bericht zur Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht und deren Auswirkungen auf die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten in Bremen vor.

Jens Dennhardt hat für die nächste Deputationssitzung im September um einen Sachstandsbericht zur geplanten Biogasanlage im Wümmegebiet gebeten.

→ Termin der nächsten Deputationssitzung:

Donnerstag, 16. September 2010, 13:00 Uhr
beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa im Ansgaritorsaal

Umwelt & Energie



+++ Besuch bei Kraftwerken am Industriehafen +++

Um sich über die Situation der Kohlekraftwerke, des Müllheizkraftwerkes (MHKW), der Fernwärme, und der Planung des Gas- und Dampfturbinen-(GuD)-Kraftwerkes zu informieren, waren die SPD-Mitgliedern der Umweltdeputationen sowie die örtlichen SPD-Abgeordneten bei der swb ag zu Besuch. Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten rund um den umwelt- und energiepolitischen Sprecher der Fraktion, Jens Dennhardt, vom neuen Mittelkalorikkraftwerk (MKK) am Standort Industriehafen (s. Foto). Im Mittelpunkt des Besuchs stand unter anderem das Thema Entsorgungssicherheit. Denn in den Anlagen der swb ag entsorgen rund 2,7 Mio. Einwohner des Nordwestens ihre Abfälle. Besonders beschäftigt die swb ag darüber hinaus zurzeit die Planung zur Ertüchtigung des MHKW, weil hier durch neues EU-Recht der sogenannte Verwerterstatus nur mit neuen Investitionen erhalten werden kann.



+++ Jobmotor Windkraft nimmt weiter Fahrt auf +++

Die Erfolgsgeschichte des Offshore-Standortes Bremerhaven geht weiter. Der Senat hat mit dem Blexer Bogen jetzt einvernehmlich den Standort für den geplanten Offshore-Hafen festgelegt. „Das ist das politische Startsignal an die Unternehmen, vor Ort weiter zu expandieren oder sich hier neu anzusiedeln“, sagt Frank Schildt, hafenspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Da wir den Standort auch bereits unter ökologischen Gesichtspunkten ausgewählt haben, kann die weitere Planung jetzt zügig vorangehen.“ Mit RWE Innogy hat sich ein Schwergewicht der Branche für Bremerhaven als Basishafen entschieden. Bis der Offshore-Hafen fertiggestellt ist, Baubeginn könnte 2013 sein, wird das Unternehmen Flächen des Containerterminals als Basishafen für die 2011 startende Verschiffung von Windkraftanlagen nutzen und dort bis zu 70 neue Arbeitsplätze schaffen. „Um die Kajen für den Offshore-Umschlag fit zu machen, investieren wir rund 3,5 Millionen Euro in den Umbau“, berichtet Schildt. Eurogate stellt als Partner von RWE Innogy die Terminals zur Verfügung. „Bremerhaven hat sich sehr früh auf diesen neuen Industriezweig eingestellt. Von der vorausschauenden Entscheidung profitiert jetzt nicht nur die Stadt, sondern auch die Offshore-Industrie insgesamt“, erklärt Professor Fritz Vahrenholt, Vorsitzender der Geschäftsführung von RWE Innogy.

Umwelt & Energie



Neues Sicherheitstrainingscenter

Vahrenholt ist nicht der einzige, der die politischen Weichenstellungen hervorhebt. Von außen wird die Arbeit von Senat und Magistrat der Stadt Bremerhaven sehr positiv wahrgenommen. „So hat mir eine norwegische Ministerin bei unserem Besuch der dortigen Öl- und Gasindustrie gesagt, dass Bremerhaven das Vorbild in Sachen Windkraft-Standort sei“,

berichtet Nils Schnorrenberger, Chef der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS). Auch Schildt sieht die jüngsten Ansiedlungserfolge als Bestätigung dafür, „dass wir als Politik von Anfang an auf Offshore gesetzt und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen haben. Mittlerweile haben wir fast alle Bereiche von der Produktion der Komponenten, über Reparatur und Wartung bis zur Forschung vor Ort.“ Und ab 2011 kommt auch noch ein Sicherheitstrainingscenter hinzu, das vom Unternehmen Falck Nutec aus Dänemark betrieben wird. Neben dem Trockendock in der maritimen Forschungs- und Entwicklungsmeile baut die BIS das neue Zentrum, das ein überdachtes, beheiztes Becken mit Sprungturm und einem Kran für das Bewegen von Trainingsgeräten sowie moderne Seminarräume enthalten soll. 15 neue Arbeitsplätze sollen hier entstehen, einige tausend Schulungsgäste pro Jahr werden erwartet. „Wir investieren rund 2,25 Millionen Euro, um auch den Weiterbildungsbedarf der Branche vor Ort abdecken zu können“, berichtet Schildt.

Aktuell bereits 1.200 Arbeitsplätze

RWE Innogy und Falck Nutec bringen neue zukunftssträchtige Arbeitsplätze in die Stadt. Aktuell sind es in der Offshore-Branche bereits 1.200, fünfzig Prozent mehr als noch 2009. Der Jobmotor läuft auf Hochtouren, bis 2012 erwartet Nils Schnorrenberger 2.000 Arbeitsplätze im Bereich Windkraft. Er ist deshalb auch sehr zuversichtlich, im nächsten Jahr einen Investor für den Offshore-Hafen am Blexer Bogen zu finden. Die Unternehmen vor Ort, wie Multibrid oder Repower, seien doch sichere Kunden. Damit könne ein Investor langfristig planen, meint Schnorrenberger. Wichtig ist auch hier, dass die Politik die Weichenstellung mit dem Ankauf von 200 Hektar angrenzender Flächen auf der Luneplate vorgenommen hat. „Alle anderen Flächen im Fischereihafen haben wir inzwischen an dem bestehenden Betriebe vergeben. Jetzt haben wir noch Potenzial für die nächsten Jahrzehnte“, sagt der BIS-Chef. Denn die Installation von Windkraftanlagen auf hoher See hat ja gerade erst begonnen.

Aus der Bremischen Bürgerschaft:



+++ Einleitung salzhaltiger Abwässer in die Weser +++

(Landtag – 17. Juni 2010)

Nach dem Zusammenbruch der Kaliindustrie in Thüringen mit dem Fall der Mauer kam es zu einer deutlichen Reduktion des Salzeintrages. Das führte zu einer spürbaren Verbesserung der Wasserqualität auch in der Weser. „Dennoch fallen täglich immer noch große Mengen an salzigem Abwasser an, die überregionale Auswirkungen haben. Klar ist: Die Kaliproduktion ist daran natürlich nicht schuldlos. 2008 wurde in der Branche ein Gewinn von einer Milliarde Euro gemacht. Die Auswirkungen auf die Umwelt durch die Verunreinigung der Flüsse und des Grundwassers sind aber dramatisch“, so die SPD-Abgeordnete Karin Bohle-Lawrenz. So würden die Flussökosysteme nachhaltig gestört, die Artenvielfalt reduziert und an eine Gewinnung bspw. von Trinkwasser aus der Weser sei nach wie vor überhaupt nicht zu denken. „Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die Produktion der Kaliindustrie und die hierbei anfallenden Abfälle im krassen Widerspruch zur juristischen Vorgabe der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie stehen. Deshalb müssen nun Strategien erarbeitet werden, um die Gewässer zu entlasten und die Wasserqualität zu verbessern. Dafür müssen wir den Interessenkonflikt zwischen der Ökonomie und der Ökologie auflösen.“ Der eingesetzte runde Tisch hat Vorschläge erarbeitet und im Februar 2010 vorgestellt. Sie umfassen rund 70 Einzelmaßnahmen und die gelte es nun zu einer Gesamtlösung zusammenzuführen. Aktuell wird auf eine Fernleitung gesetzt. Deren Baukosten sind jedoch nicht unerheblich. Positiv ist der Beschluss des Thüringer Landtages, der „Kali & Salz“ entsprechend des Verursacherprinzips in der Pflicht sieht. Bremens Direkteinfluss ist allerdings eher gering, aber die weitere Beteiligung am runden Tisch ist dringend erforderlich. „Gegebenenfalls darf auch auf der Grundlage des juristischen Rahmens an eine Klage gedacht werden.“



+++ Schwefelarmes Heizöl: Bremen geht mit gutem Beispiel voran +++

(Stadtbürgerschaft – 15. Juni 2010)

Schwefelarmes Heizöl ist eine relativ neue Heizölsorte. Der Schwefelgehalt darf höchstens 50 mg pro Kilogramm, also nur 0,005 Prozent betragen. Zum Vergleich: Standardheizöl darf bis zu 1.000 mg Schwefel pro Kilogramm Heizöl enthalten. Seit dem 1. Januar 2009 wird schwefelhaltiges Heizöl mit einem Steuerzuschlag von 1,5 Cent pro Liter belegt. Ein nennenswerter Preisunterschied zwischen beiden Brennstoffvarianten besteht seither nicht mehr. Initiiert hatte dies der damalige Bundesumweltminister und heutige SPD-Bundesvorsitzende Sigmar

Umwelt & Energie

Gabriel. Schwefelarmes Heizöl ist nicht nur ein Gewinn für die Umwelt, es wird auch als Brennstoff für eine umweltfreundliche Brennwerttechnik bei Ölheizungen benötigt. Denn neben dem sehr geringen Schwefelgehalt verbrennt es nahezu rückstandsfrei und geruchsarm. Zugleich sichert es eine hohe Energieausnutzung, senkt den Heizölverbrauch und führt am Ende zu einem geringeren Wartungsaufwand sowie einer höheren Lebensdauer der Heizungen. Die öffentlichen Gebäude Bremens werden schon heute – sofern sie mit Ölheizungen ausgestattet sind - mit schwefelarmen Heizöl beheizt. Bei der nächsten europaweiten Ausschreibung des Rahmenvertrages ab Januar 2011 soll dies dann auch verpflichtend festgelegt werden, so der Senat auf Anfrage des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Jens Dennhardt.

Aktuelles / Pressemitteilungen:

+++ Taxi-Unternehmer und SPD wollen E-Taxis in der Innenstadt / Suche nach geeigneten Ladepunkten +++

Bremen, den 11.08.2010



Nicht lange forschen - fahren! Bremen hat die einmalige Chance, als Teil der Modellregion Elektromobilität Bremen/Oldenburg künftig mit elektrisch betriebenen Taxis auf sich aufmerksam zu machen. „Elektrotaxis im Regelbetrieb - das gibt es meines Wissens noch nirgendwo“, sagt Jan Cassalette vom Fachverlag „Hallo Taxi“. Cassalette erläuterte jetzt der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ulrike Hiller die Pläne, für die es in Bremen bereits mehrere Mitstreiter geben soll. Einer davon ist

Cassalette selbst, der sich kürzlich auch in den USA über aktuelle Fahrzeuge informiert hatte. Dem Taxiunternehmer zu Folge kommen noch in diesem Herbst großindustriell gefertigte E-Automobile auf den Markt. „Technisch sind diese Fahrzeuge so weit entwickelt, dass man sie ohne Probleme als Taxi einsetzen kann“, sagt Cassalette. Die verhältnismäßig geringe Reichweite von rund 100 Kilometern sei dabei kein Hindernis, „für 90 Prozent der Kundenwünsche hier bei uns in der Stadt reicht das völlig aus“. An dieser Stelle kommt die Politik ins Spiel. Ulrike Hiller: „Damit dieses spannende Projekt Fahrt aufnehmen kann, muss klar sein, an welchen Haltplätzen die Ladestation

Seite 5

Umwelt & Energie

geschaffen werden sollen. Ich halte es für sinnvoll, dies kurzfristig mit den Beiräten vor Ort zu diskutieren und erst einmal zwei bis drei unübersehbare, citynahe Ladepunkte festzulegen - das ist realistisch." Dazu könnte beispielsweise der Goetheplatz zählen, schlägt die SPD-Politikerin aus dem Viertel vor. Auch die swb gehöre mit ins Boot, um die E-Taxi-Idee Wirklichkeit werden zu lassen - für weniger Dieselruß, weniger Motorengeräusche und eine bessere CO2-Bilanz in der Stadt. Wichtig sei auch, dass die Stationen von anderen E-Mobil-Fahrern „angezapft“ werden können, so Hiller. Entsprechende technische Lösungen, die eine genaue Abrechnung ermöglichen, gebe es bereits. (Das Bild zeigt Ulrike Hiller und Jan Cassalette am Goetheplatz – einem möglichen Standort einer Ladestation. Foto: SPD-Abgeordnete)

Besucher willkommen!

Die Bremische Bürgerschaft kommt jeden Monat an drei aufeinander folgenden Tagen zusammen. Dienstag tagt die Stadtbürgerschaft, Mittwoch und Donnerstag sind Landtagssitzungen. Sie können uns gerne unter der Telefonnummer 0421 – 336 77 15 anrufen, um sich für eine Sitzung als Besucher anzumelden.

Termine Stadtbürgerschaft:

Mi. 25.08.2010 10:00 - 13:00 Uhr

Termine Bürgerschaft Landtag:

Di. 24.08.2010 11:00 - 18:00 Uhr

Do. 26.08.2010 10:00 - 18:00 Uhr

Reden im Wortlaut:



Debatte zur Mitteilung des Senats „Klimaschutz- und Energieprogramm (KEP 2020)/ Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms nach § 13 des Bremischen Energiegesetzes“

Jens Dennhardt:

„[...] Wir als SPD werden dabei auch immer einen besonderen Blick auf die Beschäftigungswirkung dessen haben, was wir hier tun. Es zeigt sich zum Beispiel beim Thema Energieeffizienz, dass wir hier gerade für die Beschäftigungsentwicklung in Bremen Gutes tun, denn hier werden Arbeitsplätze im Handwerk in Bremen geschaffen und gesichert. [...]“

Aus der Landtagssitzung vom 24.02.2010

<http://www.spdfraktion-bremen.de/koepfe/person/6/reden>

Rot.Heute Express abbestellen:

Um diesen Newsletter abzubestellen, wenden Sie sich bitte per Mail an die folgende Adresse:

SPD-Fraktion@spd-bremen.de